

Wie eine Modellregion zu Grabe getragen wird

Inklusive Schule in der Steiermark

Osterreich hat die UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung 2008 ratifiziert und hat sich damit unter anderem dazu verpflichtet, Kindern mit Beeinträchtigungen ein inklusives Lernumfeld zu ermöglichen und Sonderschulen und Sonderklassen zurückzubauen. Doch was ist übrig geblieben?

Von Martin Hochegger*

Die jeweiligen Bundesregierungen überließen es dabei den Bundesländern, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität dies umgesetzt werden sollte. Die Steiermark war hier Vorreiter. So war es dann auch kein Zufall, dass die Steiermark neben Tirol und Kärnten zur Modellregion erklärt worden ist, nachdem die Bundesregierung wegen Säumigkeit vom UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2013 wegen mangelnder bzw. ungenügender Umsetzungsschritte massiv kritisiert worden war. Erklärter Auftrag an die Konzeption einer Modellregion: Forcierung von inklusiven Bildungseinrichtungen mit gleichzeitigem und schrittweisem Rückbau der Sonderschulen bis 2020.

Unter der Federführung

von LSI Sabine Haucinger wurden danach umgehend Arbeitskreise eingesetzt, die pädagogischen

Hochschulen, die Universität in Graz und das BiFIE brachten sich ebenfalls sehr engagiert in den Planungsprozess ein. Über die pädagogischen Hochschulen wurden Fort- und Weiterbildungsangebote für inklusive Pädagogik angeboten, in der Bildungsregion Steirischer Zentralraum wurde mit über 160 Pflichtschulen an der Qualitätsentwicklung intensiv gearbeitet. Auch im Aktionsplan des Landes Steiermark für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie im Aktionsplan der Stadt Graz bekannte man sich zur Modellregion. So wurden auch neue Begleitmodelle für Schüler*innen mit sozial-emotionalen Problemen in Leoben und Gratwein erfolgreich erprobt. Schlussendlich würden im Schuljahr 2017/2018 85 Prozent aller Schüler*innen mit sonderpädagogischem

Förderbedarf in inklusiven Bildungssettings unterrichtet. Umsetzungsprozess kam ins Stocken. So wurde unter anderem eine Petition gegen die Forcierung der Inklusion und für die Erhaltung der Sonderschulen in den Nationalrat eingebracht. Initiiert durch die Langzeitpräsidentin der steirischen Elternvereine – unterstützt von zum Teil falsch informierten Eltern und Lehrer*innen.

Die Rückschritte.

Durch die fehlende entschlossene Unterstützung durch die für die Schulpolitik-Verantwortlichen auf Landesebene - sowohl in der Landesregierung als auch an der Spitze des Landesschulrates - kam der Motor für die Umsetzung ins Stottern. Endgültig zum Stillstand gebracht hat ihn dann die mittlerweile abgewählte Bundesregierung. Deren Bekenntnis zur Wiederaufwertung der Sonderschulen und ihre konsequente Personalpolitik - so wurden im Unterrichtsministerium die für die Umsetzung der inklusiven Modellregionen zuständigen Personen einfach in andere Abteilungen versetzt - führte dazu, dass sich auch in der Steiermark die Verantwortlichen in der Landespolitik sowie in der neu geschaffenen Bildungsdirektion (ehemals Landesschulrat) nicht mehr zur Modellregion bekennen.

Der treibenden Kraft für die Umsetzung, LSI Haucinger, wurden im Rahmen des Umgestaltungsprozesses des Landesschulrates die Agenden entzogen und die Befürworter der Sonderschulen haben wieder Oberwasser bekommen. So wurden allein in Graz in den einzelnen Schwerpunktsonderschulen neue zusätzliche Klassen genehmigt.

Die Zeit läuft

und die Hauptbetroffenen sind die Kinder mit Behinderung. Ihnen wird ein inklusives Bildungssetting vorenthalten und das grenzt in vielen Fällen an eine Menschenrechtsverletzung. Zugleich gibt es ganz viele Pädagog*innen, die sich tagtäglich den Herausforderungen eines inklusiven Unterrichts mit Selbstverständlichkeit und großer Kompetenz stellen. Ihnen gilt unser ganz besonderer Dank!

*Martin Hochegger ist Mitglied des Präsidiums der Lebenshilfe Steiermark